

**Rede
von**

Thore Güldner, MdL

zu den TOPen Nr. 20, 21 und 22 – Abschließende Beratungen

**20) Handys, Smartphones, Smartwatches - verlässliche
Rahmen für die Mediennutzung für Schulen, Eltern, Kinder
und Jugendliche erarbeiten**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Drs. 19/7211

**21) Medienkompetenz stärken - digitale Verantwortung im
Schulalltag etablieren**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/7493

**22) Gleiche Chancen im digitalen Lernen: Kostenfreie
Tablets für Schülerinnen und Schüler ab Klasse 7**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Drs. 19/9252

während der Plenarsitzung vom 24.06.2026
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir leben längst in einer digitalisierten Gesellschaft. Das gilt für uns Erwachsene genauso wie für unsere Schülerinnen und Schüler in ihrem Alltag. Digitale Endgeräte, Social Media, KI - sie prägen Kommunikation, sie prägen Freizeitverhalten, sie prägen Informationsbeschaffung und zunehmend auch Lernprozesse und politische Meinungsbildung. Und ich finde, daran ist per se erst mal überhaupt nichts auszusetzen. Im Gegenteil, ich finde nach wie vor, dass die Chancen der Digitalisierung und neuer Kommunikationsmittel deutlich gegenüber den vorhandenen Risiken überwiegen. Gleichzeitig müssen wir diese Risiken aber auch klar benennen.

Dazu gehören vor allem bei Schülerinnen und Schülern Konzentrationsprobleme - sie wurden gerade eben benannt -, andere Auffälligkeiten, Cybermobbing, manipulative Inhalte, Deepfakes, Scams oder auch gefährliche Algorithmen in sozialen Netzwerken, die gerade junge Menschen besonders betreffen.

All das macht deutlich: Die digitale Welt verändert sich schnell, und sie verändert damit auch Schulen. Vor diesem Hintergrund ist es richtig - auch wenn der Kollege Reinken das gerade anders gestellt hat -, dass wir seit geraumer Zeit intensiv darüber diskutieren, wie der Umgang mit digitalen Endgeräten in Schulen geregelt werden sollte und wie wir Kinder und Jugendliche dazu befähigen, sich sicher und verantwortungsvoll in einer digitalen Welt zu bewegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße ausdrücklich die Handlungsempfehlungen, die gerade eben durch die Expertenkommission und die Bundesministerin veröffentlicht wurden. Ich glaube, sie stützen in weiten Teilen den Kurs, den die Niedersächsische Landesregierung eingeschlagen hat. Welcher Kurs ist das? Es ist der Kurs, der darauf angelegt ist, klare Rahmenbedingungen zu setzen, statt pauschal einfach herumzuerbieten. Man kann das machen, wenn man in der Opposition ist und sich mit ganz wichtigen gesetzlichen Fragen offensichtlich nicht auseinandergesetzt hat, was wir ja gerade eben auch in der Rede des Kollegen Reinken gehört haben. Wir wollen Orientierung geben, ohne die pädagogische Verantwortung vor Ort zu entziehen. Dazu gehört die von uns im Antrag geforderte und umgesetzte Handlungsleitlinie des Landes. Diese ist kein bloßes Begleitpapier, als das sie oft interpretiert wird, sondern ein konkreter Orientierungsrahmen für Schulen, welcher aufzeigt, was gesetzlich möglich ist und was eben nicht möglich ist. Sie macht übrigens auch deutlich, dass insbesondere in der Grundschule und in niedrigen Klassen im Sekundarbereich die Nutzung digitaler Endgeräte ausdrücklich nicht empfohlen wird, gerade weil Kinder in diesem Alter nur eine bedingte Selbstregulierungskompetenz haben.

Gleichzeitig vertrauen wir in höheren Klassenstufen im Sekundarbereich den Schulen vor Ort. Wir trauen Schulleitungen und ihren Gremien zu, pass-genaue Regelungen zu entwickeln, die zur jeweiligen Schule und ihren Rahmenbedingungen passen. Auch wenn die CDU das offensichtlich nicht teilt - dieses Vertrauen in Eigenverantwortung ist ein zentraler Bestandteil unseres Bildungs- und Schulverständnisses.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei allen Regelungsfragen dürfen wir eines ohnehin nicht vergessen: Selbst dort, wo klare Nutzungsregeln gelten, oder dort, wo Smartphones in ihrer Nutzung schon heute eingeschränkt sind, bleibt die digitale Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler bestehen, und die Konflikte aus sozialen Netzwerken und auch diejenigen vom Smartphone enden eben nicht an der Schultür. Deshalb ist es wichtig, dass wir digitale Kompetenzen systematisch stärken. Medienbildung, Aufklärung über Risiken sozialer Netzwerke und der Umgang mit digitalen Inhalten müssen weiter ausgebaut werden und vor allem dann auch fachübergreifend in der Schule wirken.

Dabei ist für mich deutlich: Lehrkräfte alleine können diese Aufgabe gar nicht schultern. Es braucht einen bunten Strauß an verschiedenen Maßnahmen. Es braucht vor allem Köpfe in der Schule, es braucht Multiprofessionalität, die die Schulen gerade in den Fragen unterstützen, wie wir mit Themen wie Cybermobbing, Social Media und digitaler Prävention umgehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus meiner Sicht kommen wir wohl nicht umhin - auch das ist in den Handlungsempfehlungen deutlich geworden, die heute Mittag vom Bund herausgegeben wurden -, auch die Frage der elterlichen Verantwortung in den Blick zu nehmen. Denn bei aller Berechtigung der Debatte hier müssen wir uns in einer ohnehin gesellschaftlich stark aufgeladenen Zeit ehrlich die Frage stellen, welche Erwartungen wir eigentlich an Schule richten und wann auch Grenzen der Erwartungshaltung erreicht sind. Schule kann und muss zu Recht viel leisten. Sie kann begleiten, sie kann auffangen, unterstützen und präventiv wirken. Aber alles das wird an Grenzen stoßen, wenn wir es nicht gleichzeitig schaffen, ein stärkeres gesellschaftliches Bewusstsein hinzubekommen, dass die Verantwortung für Kinder und Jugendliche und ihr Medienverhalten nicht alleine in Schule liegt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dazu kommt dann auch die soziale Frage. Damit bin ich beim dritten Teil des heutigen Tagesordnungspunktes. Digitale Kompetenzen zu stärken kann nur dann gelingen, wenn wir auch digitale Teilhabe ermöglichen. Ich bin deshalb stolz darauf, dass es dieser rot-grünen Regierung gelungen ist, einen Einstieg in das Thema der digitalen Endgeräte in Schulen für alle zu finden und jetzt zunächst mit 160.000 Geräten zu starten. Diese gehen nicht nur an Schülerinnen und Schüler, sondern auch an Lehrerinnen und Lehrer. Ich finde, das ist ein echter Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit in diesem Land.

Damit hängt es künftig nicht mehr davon ab, welcher Schüler, welche Schülerin aus welchen familiären Verhältnissen kommt. Es hängt nicht davon ab, wie die finanziellen Rahmenbedingungen zu Hause sind. Es hängt nicht davon ab, welche Schulform eine Schülerin oder ein Schüler besucht. Ich finde, das ist ein richtig gutes Zeichen.

Das war kein einfacher Weg. Gerade auch mit dem Blick auf die kommunale Seite - das wurde gerade angesprochen - hatten wir auch als Fraktion einige Fragen, die sich dann auch hier als Arbeitsauftrag an die Landesregierung im Antrag wiedergefunden haben. Das ist beispielsweise die Frage, wie unkompliziert wir eigentlich Bestellungsprozesse

gestalten können, wie wir die Wartung und Administration sicherstellen können und wie es eigentlich mit der Langfristigkeit aussieht.

Umso erfreulicher ist es, dass das Land und die Kommunen gemeinsam eine Vereinbarung gefunden haben, die funktionieren wird. Der Niedersächsische Städtetag hat das Modell mit den kommunalen Pauschalen von 125 Euro pro Gerät und den zusätzlichen Mitteln, die wir jährlich für die Administration geben, gestern ausdrücklich gelobt. Ich glaube, wir schaffen damit eine verlässliche Grundlage für die Umsetzung vor Ort, und ich finde, da muss die Verantwortung für diese Umsetzung auch unbedingt liegen.

Wir haben gehört, was die CDU grundsätzlich zur Digitalisierung in Schulen sagt. Es wird darüber geredet, dass Endgeräte gar nicht in der Schule sein sollten. Das war die Forderung. Das steht in Ihrem Entwurf zum Niedersächsischen Schulgesetz, den wir gestern behandelt haben.

Darin ist von mobilen Endgeräten und nicht von Smartphones die Rede. Es wird auch gesagt, wir wollen das Geld lieber für Schulsozialarbeit geben, obwohl Sie selber ganz genau wissen, dass das natürlich nicht aus diesen Mitteln finanziert werden kann. Daraus entwickelte sich Vorwurf, ob wir es überhaupt noch brauchen. Es wird auf Skandinavien abgestellt, wo jetzt im Primarbereich die Digitalisierung zurückgefahren wird. Ja, das ist richtig, da wollen wir sie auch gar nicht einführen. Die Tablets kommen ab Klasse 7, wie Sie vielleicht gemerkt haben.

Ich glaube, liebe Kolleginnen und Kollegen, es wird die selbstverständliche Realität von Schülerinnen und Schülern sein, insbesondere in den höheren Schulklassen, dass Lernstandserhebungen, Schulbücher, Materialien und komplexe Aufgaben an unseren Schulen mit digitalen Endgeräten bearbeitet werden, so wie es auch in der Arbeitswelt da draußen übrigens ganz selbstverständlich ist. Ich finde, davor sollten Sie nicht so viel Angst haben.

Ich bin mir sicher: Das jetzige Austeilungsprogramm für Endgeräte wird ein echter Meilenstein für die digitale Bildung in Niedersachsen sein. Ich freue mich auf die Umsetzung, ich freue mich jetzt auf die Auslieferung und dass wir das in einigen Jahren als ein echtes Erfolgsprojekt dieser rot-grünen Landesregierung abfeiern können. Das wird wunderbar.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.